

Dünnsäure – wie alles anfing

Begonnen hatte alles am 21. Mai dieses Jahres in Holland. 2 Schiffe der internationalen Umweltschutzorganisation GREENPEACE, die in der Vergangenheit schon Walfänger und Robbenfänger durch direkte Aktionen bei ihrem blutigen Handwerk behindert hatten, legten sich im Rotterdamer Hafen in die Fahrrinne der beiden Frachter Rosemarie S. und Käthe H.. Die Frachter hatten Chemieabfälle, sogenannte Dünnsäure der BAYER AG und der Kronos Titan, einer ehemaligen BAYER-Tochter, aus Leverkusen geladen. Der Dreck sollte 20 Seemeilen vor der holländischen Küste 'verklappt' werden, wie es so harmlos heißt und wie es seit 1969 Tag für Tag geschieht.

Die Leute von GREENPEACE fanden Sympathie bei den holländischen Binnenschiffen, von denen sich einige der Blockade anschlossen, und beim Bürgermeister von Rotterdam, der die Ordnung des Hafens durch die Aktion nicht gefährdet sah und nicht eingreifen ließ.

3 Tage nach Beginn der Blockade konnten die Giftschiffe ihr Geschäft wieder aufnehmen. Die BAYER AG hatte mit einer Schadensersatzklage gegen GREENPEACE in Höhe von 250.000 Mark die Durchfahrt erzwungen. Was BAYER indes nicht verhindern konnte, war, daß sich die holländischen Behörden sowie Rundfunk, Fernsehen und Presse nun ausführlich der Giftgeschichte annahmen und eine breite Diskussion einsetzte. Es war aus mit der ein

Jahrzehnt währenden Ruhe um dieses Musterbeispiel täglicher Nordseever- schmutzung. Darüberhinaus handelte sich BAYER noch eine Klage der holländischen Umweltschutzorganisation 'Natur und Umwelt' gegen die dem Leverkusener Chemiekonzern erteilte Erlaubnis zur Verklappung der Dünnsäure in die Nordsee ein. Die GREENPEACE –Aktion hatte Wirkung gezeigt.

Umweltschmutz und Arbeitsplätze

In der Vorstandetage von BAYER indes hektische Aktivitäten. 'Was wäre, wenn der holländische Gerichtshof der Klage stattgeben würde . . .' Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und fand sich in dicken Schlagzeilen Anfang Juni auf den Titelseiten der Kölner Presse. Im Kölner Stadt-Anzeiger hieß es da am 4.6. unter der Überschrift 'BAYER: notfalls Säure in den Rhein', daß der Chemiekonzern beabsichtige rund 250.000 T Dünnsäure jährlich in den Rhein leiten, falls die niederländischen Behörden die Verklappung der Produktionsrückstände in die Nordsee untersagen sollten. Einen entsprechenden Antrag hatte BAYER bereits am 23. Mai, also noch

während der Rotterdamer Blockade beim Kölner Regierungspräsidenten gestellt. Für den Fall, daß die Dünnsäure weder in den Rhein noch in die Nordsee plätschern dürften, drohte BAYER mit dem Verlust von 4000 Arbeitsplätzen.

Die Drohung mit dem Knüppel Arbeitsplatzverlust traf dort, wohin sie gezielt war. E. Ballarin, Vorsitzender des BAYER - Gesamtbetriebsrats, sandte prompt ein Telegramm an den Bundeskanzler, in dem er ihn aufforderte, auf die holländische Regierung einzuwirken, daß die Erlaubnis zur Verklappung der Dünnsäure in die Nordsee bis 1981 bestehen bleibe.

Diese unternehmerfreundliche Politik des Gesamtbetriebsrates blieb nicht ohne Kritik aus den eigenen Reihen. 10 Betriebsratsmitglieder der seit 1978 bestehenden Liste 'Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat' distanzieren sich in einer Presseerklärung nachdrücklich von dem Appell an Schmidt und verurteilten „den erpresserischen Versuch der BAYER AG, mit der Gefährdung oder Vernichtung von 4000 Arbeitsplätzen zu drohen, um ungehindert weiterhin Gewässerverschmutzung betreiben zu können.“

Die 10 Betriebsräte brachten schließlich die Diskussion um Arbeitsplätze und/oder Umweltschutz mit neuen Informationen weiter voran. Ihre Argumentation: die Drohung mit den gefährdeten Arbeitsplätzen soll nur davon ablenken, daß schon längst geplant ist, die Farbproduktion ganz oder teilweise ins Werk Brunsbüttel zu verlegen. In diesem Fall wären tatsächlich 3000 - 4000 Arbeitnehmer in Leverkusen betroffen.

